

50000 Werftarbeiter im Streik

III. Hamburg, 1. Oktober.

Die Arbeit auf den Schiffswerften ist am Montag vormittag von den Werftarbeitern nicht wieder aufgenommen worden. Diese haben vielmehr der von der Gewerkschaft ausgegebenen Streifparole in vollem Umfange Folge geleistet.

So geschlossen, wie die Werftarbeiter den Schlichtungsbescheid des Schlichters Stenzel abgelehnt haben, so haben sie am Montag morgen den Kampf aufgenommen. Von allen Werften wird die einmütige Kampfaufnahme berichtet. In lange sind die Werftarbeiter von den Unternehmern, vom Reichsarbeitsminister und auch von den reformistischen Gewerkschaftsführern an der Nase herumgeführt worden. Diesmal haben sie es nicht gemacht. Seit 1924, wo ihnen der Achtstundentag gerahmt und ihr Hungerlohn stabilisiert wurde, hat es keine Kämpfe in der Werftindustrie gegeben. Schon im März dieses Jahres hatten die Werftarbeiter alle Kräfte gesammelt, um endlich zu einem ausreichenden Lohne zu kommen. Betragen doch im Frühjahr die Löhne für einen gelernten Arbeiter 74 bis 82 Pfennig, für einen ungerahmten 71 bis 76 Pfennig und für einen ungerahmten Arbeiter 62 bis 68 Pfennig. Diese Löhne waren noch nach 4 Ortstaxen gestiegen. Auf diesen Löhnen lag die Ortstaxenabteilung des Reichsarbeitsministers, die die Ortstaxen erhöhte. Diese „Erhöhung“ machte noch nicht einmal die Mehrausgaben für die inzwischen erfolgte Teuerung wett. Dieser Schlichtungsbescheid wurde prompt vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärt. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie des DWA, die vor der Verbindlichkeitsklärung den Werftarbeitern noch radikale Töne von ihrem Kampfmühen vorredete, verhinderte nach der Verbindlichkeitsklärung den Streik. Nur unter Anwendung aller den Reformisten zur Verfügung stehenden Mittel gelang es, am 1. April die Werftarbeiter vom Kampfe zurückzuhalten. Die Empörung der Werftarbeiter war unbeschreiblich, und die Erinnerung daran liegt den Reformisten noch in den Knochen. Das ist auch der Grund dafür, daß der Schlichtungsbescheid nicht verbindlich erklärt wurde.

In der Werftindustrie ist ausschlaggebend der Reichsmaschinenkonzern, der genügend Verbindungen zu den Ministern hat, um rechtzeitig zu erreichen, daß der Reichsarbeitsminister in seinem Interesse eintritt. Wieder hat der Reichsarbeitsminister, Dr. Stenzel, für die Werftarbeiter einen Schlichtungsbescheid gefällt, der als offene Verhöhnung zu betrachten ist. Ganze 4 Pfennig Lohnerhöhung sollen die Werftarbeiter erhalten. Der Achtstundentag, um dem die Werftarbeiter seit 1925 ringen, wird nicht eingespart, lediglich soll die bisher übliche 52-Stunden-Woche auf 51 Stunden verkürzt werden. Dafür soll aber die bisher während der Arbeitszeit haltstehende Wohnung nunmehr außerhalb der Arbeitszeit gestellt werden. Die Werftarbeiter sind mit aller Entschlossenheit, ihren Kampf zum Siege zu führen, in den Streik getreten. Wenn sie aber diesen Kampf mit einem Erfolg für sich beenden wollen, dann müssen sie einsehen, daß die Vergangenheit darüber sorgte, daß ihre Kampfmühen durch die reformistische Gewerkschaftsführung nicht erschüttert wird. Auch die lächerlichen und mittelständischen Metallarbeiter haben im Anfang des Jahres 5 und 6 Wochen im Streik gehalten und trotzdem wurden ihre Kämpfe mit der Verbindlichkeitsklärung abgebrochen. Auf dem Verbandstag und dem Gewerkschaftskongress haben die Gewerkschaftsführer zum Ausdruck gebracht, daß das Schlichtungsangebot nach wie vor von ihnen anerkannt und gefördert wird. So ist damit zu rechnen, daß nach einiger Zeit des Kampfes ein neuer unzulänglicher Schlichtungsbescheid gefällt und verbindlich erklärt wird, mit dem die Werftarbeiter um die Früchte ihres Kampfes betrogen werden sollen.

Dagegen müssen sie schon heute mit aller Energie rufen. Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffell wird auf Befehl des Reichsmaschinenkonzerns sofort mit der Verbindlichkeitsklärung eines Schlichtungsbescheides zur Stelle sein, wenn die Konzerngewaltigen der Meinung sind, daß die Werftarbeiter abgeklämpft sind. Schon jetzt müssen alle Vorbereitungen dazu getroffen werden, daß eine solche Abwärtung des Kampfes nicht möglich ist. Dazu gehört, daß die Werftarbeiter in den Betrieben sich ihre Streikleitungen selbst wählen. Es muß verhindert werden, daß sogenannte zentrale Streikleitungen, die von niemand gewählt, sondern von der Bürokratie ernannt sind, über das Schicksal der streikenden Werftarbeiter bestimmen. Desgleichen müssen alle Maßnahmen getroffen werden, um durch großartige Sammelaktionen, die durch die reformistische Politik aus den Verbänden hinausgerufen, sich unorganisierten Kollegen zu unterziehen und wieder zu organisieren. Es gilt, die Augen offen zu halten, um den Betrug des Kampfes rechtzeitig zu verhindern. Ist die Werftarbeiter kann es nur eine Parole geben. **Aufnahme der Arbeit erst nach Bewilligung der Forderungen.** Diese Forderungen sind nicht die unzulängliche 1-Mark-Forderung der Reformisten, sondern Einheitslöhne von 1,20 Mark in der Spitze, 45-Stunden-Woche und 2 Wochen Urlaub, Forderungen, die von der Opposition im Einverständnis mit der Mehrheit der Werftarbeiter aufgestellt wurden.

Die Kollegen im Reich müssen den Kampf der Werftarbeiter mit Aufmerksamkeit verfolgen und ihm alle Unterstützung angedeihen lassen. Ist es doch der erste Kampf größerer Arbeitermassen nach dem Gewerkschaftskongress, der bekanntlich die „Bewertung der Wirtschaftsdemokratie“ beschlossen hat. Die Arbeiter erkennen am Beispiel des Schlichtungsbescheides Dr. Stenzels, wohin diese Wirtschaftsdemokratie führt, nämlich zur Verelendung der Arbeiter. Es muß jetzt alles eingeleitet werden für den Sieg der Werftarbeiter, um der weiteren Verelendung der gesamten Arbeiterklasse Einhalt zu gebieten.

Die Streiklage auf den Werften

III. Hamburg, 1. Oktober. Von dem Werftarbeiterstreik werden in Hamburg rund 18.000, in Bremen rund 12.000 und in Kiel über 11.000 Arbeiter betroffen. Damit haben rund 90 v. H. aller Werftarbeiter dieser drei Städte die Arbeit niedergelagt. In vielen Stellen stehen Streikposten, verstärkte Polizeipatrouillen in der Hafengegend. In Rubensbüden ist es nirgend gekommen. Es hatten sich bei den verschiedenen heiligen Werften zwar manche Arbeitermengen eingefunden, wobei es sich um Meister, Vorarbeiter und ältere Arbeiter handelte. Sie mußten jedoch alle wieder nach Hause geschickt werden.



III. Lübeck, 1. Oktober. Auf den beiden Lübecker Schiffswerften Henry Koch AG und dem Kaiserwerft streiken über 1000 Werftarbeiter. Nur eine kleine Anzahl Arbeitsschlichter sind der Arbeit nach. Die Kolonnenarbeiten wurden verrichtet.

Heute Streik in Oberschlesien

27.000 Bergarbeiter im Kampfe

Waldenburg, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern fand hier eine Konvention der Bergarbeiterverbände statt. Einmütig wurde beschlossen, ab 2. Oktober in den Streik zu treten. Die Waldenburger Bergarbeiter fordern seit Monaten eine Lohnerhöhung von 15 Prozent. Da die Bergarbeiter mit ihren bisherigen Summenlöhnen nicht mehr zurecht kommen und unter Führung der Opposition den härtesten Druck auf die Verhandlungsinstanzen ausübten, mußten diese dem Streik ihre Zustimmung geben. Es kommen 27.000 Arbeiter in Frage.

Der tschechische Bergarbeiterkampf

Verstärkte Streiklage

Am Sonnabend fand in Kladsko eine Beratung der Reichsausschüsse und Komitee der Abgeordneten aller Bergarbeitergewerkschaftsorganisationen in Sachen der geltenden Lohnforderungen statt. Alle Abgeordneten sprachen sich für den Streik aus, der am Montag aufgenommen wurde. Neben der Ausdehnung des Streiks in die bis zur Stunde noch nicht betretenen Kohlenfelder, die in Kladsko die Führung in Händen haben, jahren durch scharfes Vorgehen in der Lohnbewegung.

1

GROßCHEN
auf den Listen des
Volkenscheid
ist eine wirksame Waffe
gegen imperialistischen
Massenmord!

● **Hast Du schon**
Dein Scherflein
beigesteuert?
Sammle und gib!



Sozialdemokratische und ultralinke Lügenhebe gegen die SPD

Wie zu erwarten war, verläßt die Partei der organisierten Korruption, die SPD die hunderttausend Arbeiter in der SPD auszunutzen, um die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse vom Volksbegehren abzulenken. Da aber der Vorwärts und die sozialdemokratische Propaganda selbst bezeugen, daß die Zielsetzung der SPD in den hunderttausend Arbeiter, das radikalste Vorgehen gegen Korruption und die imperialistische Agitation des politischen Feindes des Sozialen Kampfes, der darin besteht, daß er die Angelegenheit ohne die Parteimitglieder erledigen wollte, das Reich der revolutionären Arbeiterpartei vor der Arbeiterklasse nicht nur zu harten Arbeit ist, sondern ist, die Verleumdung, lägen von Hebbans und Co. über eine Reihe von anderen angeblichen Korruptionsfällen, die die SPD nicht bestrafte, um Korruptionen im Ruhrgebiet und in der SPD-Preise und Erhebungen. Die Erledigung der hunderttausend Arbeiter beweist der Arbeiter-

klasse, mit welcher rücksichtslosen Strenge die SPD gegenüber 14.000 Korruptionen vorgeht.
Die Volkszeitung überläßt sich in den letzten Tagen geradezu in ihrer Hebe gegen die Kommunisten. Jeden Tag brüllt sie in unerschöpflichen Schillingen über die Korruption in der SPD. Am vergangenen Freitag spielte die Volkszeitung die gesamte erste Seite. Ausfälle gegen die Arbeiterklasse zeigen die Wut der SPD Redaktionen über unseren Kampf gegen die Radikalisierung. Wir werden der Volkszeitung morgen etwas einzuwenden antworten. Aber heute müssen wir schon feststellen, daß ja selbst die Schillingen der Volkszeitung es nicht wagen konnte, zu behaupten, Genosse Thalmann sei an den Unter-schlagungen beteiligt. Auch gestern ist sie vorsichtig genug, die Verantwortung für ihre Schillingen den Ultralinken zu überlassen. Die Arbeiter lobten sich durch die Mäander der SPD nicht ablenken.
Alle Kraft für das Volksbegehren ist die richtige Antwort.

Abrechnung mit Rose

Die Dresdner Straßenbahn gegen die Spaltung — Glänzend beachtete Verammlung der Opposition

Die gestrige Verammlung des Straßenbahnarbeiterverbands Dresdens, einberufen von der Opposition, nahm einen bedeutungsvollen Verlauf. Die Vollversammlung vom gestrigen Tage bringt einen Aufruf der Ortsverwaltung des Verkehrsverbands, die Verammlung nicht zu besuchen. Auf diesen Aufruf war seit 3 Tagen ein Aufruf angebracht, der die Straßenbahn von der Heberlichkeit dieser Verammlung überzeugen sollte. Trotz aller dieser Abwehrmaßnahmen von Rose und seinen Freunden waren in der Verammlung etwa 400 Straßenbahnarbeiter erschienen. Ein sozialdemokratischer Straßenbahnarbeiter, der nicht ganz mit der Opposition übereinstimmen wollte, brachte keine Bewunderung zum Ausdruck, daß in dieser Verammlung der Opposition in viele Kollegen erschienen waren, während die Verammlung des Verkehrsverbands keinen solchen Besuch aufweisen können. Auch nehme die Verammlung der Opposition infolge der ertägten Stimmung nicht den gewünschten Verlauf, während hier in der Oppositionsverammlung die Kollegen mit größter Ruhe den Rednern zuhören und die Verammlung von einem tieferen, fastlich u Geist getragen ist. Einmütig kam in der Verammlung der Wille zum Ausdruck, die Straßenbahnerbewegung durch den

Spaltungskreis der Reformisten nicht zerlegen zu lassen. Ein Aufruf an alle Dresdner Straßenbahner hat diese Oppositions-verammlung einstimmig beschlossen. Am morgen debatiert diese Verammlung eine weitere Forderung an die Opposition. Alle Anwesenden bekräftigen durch ihre Zustimmung, daß die Opposition bei den Straßenbahnern auf dem richtigen Wege ist. Wir werden morgen den Aufruf an die Straßenbahner Dresdens, der auch weit über den Rahmen der Straßenbahner hinaus für die Arbeiterklasse Bedeutung hat, veröffentlichen, und darüber einen ausführlichen Bericht bringen.

Verbandstag der Maler

Stuttgart, 2. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern wurde die 21. Gewerkschaftsversammlung der Maler und Lackierer Deutschlands eröffnet. Dieser Verammlung kommt eine besondere Bedeutung zu, weil es die erste ist, die nach dem DWA-Kongress stattfand. Nach dem Bericht über den Verlauf der oppositionellen Kollegen Kappel und Ehrhart Leipzig. Ein Aufruf der Opposition, die kommunistische Forderungen zur Berücksichtigung zu wählen, wurde gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Ablehnung des Aufrags konstatieren den Mars, der während der Tagung einmütig beschlossen werden soll. Die Mehrheit des Verbandes, das kann schon jetzt festgestellt werden, steuert mit vollen Segeln den Kurs des DWA-Kongresses.

Die Katastrophe von Madrid

Seld rechts liegt das Gerippe des Hauses erkennen und zeigt, daß die einzelnen Räume selbst nur niedrig waren, so daß der im Verhältnis zur Menge der Zuschauer nur kleine Raum reich vom Rauche erfüllt war. Die meisten Leben scheinen erlitten zu sein, bevor sie den Klammern zum Opfer fielen.

Die Suche nach den Leichen wurde tagelang fortgesetzt. Die hohen Schuttmassen mußten sorgfältig durchsucht und weggeräumt werden, da man unter einzelnen Balken unverletzte gebliebene Menschen fand. Die Aufbaurarbeiten mußten jedoch beschleunigt werden, da aus dem Trümmerhaufen nach 2 Tagen schon Bewohnungsgesuch ausstrahlte, der die Vermutung bekräftigte, daß noch nicht an Opfer geborgen seien.

Aufnahme links zeigt Feuerweh und Polizei beim Durchsuchen eines ausgebrannten Treppenhauses.

